Dr. Stephan Eisel
www.stephaneisel.de - Stephan.eisel@gmx.net
28. Oktober 2026

Der folgende Text ist ein leicht veränderter Auszug aus Stephan Eisel, Repräsentative Demokratie oder Popularitätspopulismus, in: Historisch-Politische Mitteilungen (hrsg. im Auftrag der Konrad-Adenauer-Stiftung 32. Jahrgang 2025). Dort finden sich auch alle Quellennachweise.

Wie Ludwig Erhard Bundeskanzler wurde

In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland stellten CDU und SPD bisher alle Bundeskanzler. Dabei war stets klar, dass im Erfolgsfall für das Amt im Deutschen Bundestag kandidierte, wer zuvor als „Kanzlerkandidat" nominiert worden war. Dieser Begriff für die Spitzenkandidatur bei Bundestagswahlen hat sich allerdings erst seit 1960 eingebürgert. Damals trat mit Willy Brandt erstmals ein Kandidat an, der nicht zugleich Vorsitzender seiner Partei war.

In den Unionsparteien war die Entscheidung darüber, wer der gemeinsame Kanzlerkandidat für die jeweils nächste Bundestagswahl sein soll, von Anfang an ein oft auch kontroverses Thema zwischen den beiden Schwesterparteien CDU und CSU. Es handelt sich eben um zwei selbstständige Parteien. Dabei musste einerseits die deutlich größere CDU auf die Befindlichkeit der kleineren CSU Rücksicht nehmen. Andererseits musste die kleinere CSU den prinzipiellen Führungsanspruch der größeren CDU akzeptieren. Die Entscheidung über den Kanzlerkandidaten der Union war deshalb meist ein Balanceakt.

Nachdem sich Konrad Adenauer 1949 als Bundeskanzler durchgesetzt hatte, war er 1953, 1957 und 1961 als Amtsinhaber der quasi selbstverständliche Kanzlerkandidat. Dazu sagte Adenauer im CDU-Bundesvorstand am 14. März 1963 - als es um seine eigene Nachfolge ging - lapidar: „*Bei der späteren Wahl des Bundeskanzlers ergab sich etwas automatisch, daß man den früheren nahm. Man ersparte sich manchen Ärger, und die Sache ging weiter. Aber das nimmt nun einmal ein Ende*."

In der Tat kam es bei der Entscheidung über Adenauers Nachfolge zu einer ernsthaften Kontroverse um die Kanzlerschaft, insbesondere weil Adenauer mit aller Macht verhindern wollte, dass Ludwig Erhard sein Nachfolger würde. Bei der Bundestagswahl 1961 hatte die Union ihre vier Jahre zuvor erreichte absolute Mehrheit verloren. Die FDP hatte als jetzt wieder notwendiger Partner den Rücktritt Adenauers während der Legislaturperiode zur Bedingung für eine Koalition gemacht.

Um den Konflikt zwischen Adenauer und Erhard zu entschärfen, wurden der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano und der geschäftsführende CDU-Vorsitzende Hermann-Josef Dufhues vom CDU-Vorstand beauftragt, einen möglichst breit getragenen

Vorschlag zu unterbreiten. Am 23. April 1963 schlugen beide der Bundestagsfraktion Ludwig Erhard als Adenauer-Nachfolger vor. Bundeskanzler Adenauer widersprach diesem Vorschlag in der Fraktionssitzung ausdrücklich: „*Ich spreche nicht gern aus, daß ich einen Mann, mit dem ich selbst seit 14 Jahren zusammengearbeitet habe und der Hervorragendes geleistet hat, nun für einen anderen Posten, den er haben möchte, nicht für geeignet halte*."

Bei der folgenden Abstimmung votierten von den 225 anwesenden Abgeordneten 159 für Erhard, 47 stimmten gegen ihn und 19 enthielten sich. Mit ausschlaggebend für die Entscheidung waren die 50 CSU-Abgeordneten, für die Franz-Josef Strauß – seit 1961 Vorsitzender der CSU - die Unterstützung für Erhard in der Fraktion allerdings mit einem vergifteten Hinweis verband: Nicht immer habe Erhard „*den Zugang zu den arcana imperii*[1] *gefunden oder gesucht. … Aber es bestehe die Hoffnung, daß ein Mann wie Erhard mit seinen 67 Jahren noch durchaus entwicklungsfähig ist*."

Mit dem Rücktritt Adenauers wurde Ludwig Erhard dann erst am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt. Er erhielt dabei 279 der 308 möglichen Stimmen aus der eigenen Koalition.

Bei der Bundestagswahl am 19. September 1965 konnte Kanzler Erhard als Spitzenkandidat für die Unionsparteien bei einem Zugewinn von 2,3 Prozent das zweitbeste Wahlergebnis für die Union einfahren. Zugleich verlor der Koalitionspartner FDP 3,3 Prozent. Die Koalitionsmehrheit schrumpfte von 308 auf 294 Stimmen. Bei seiner Wiederwahl zum Bundeskanzler am 20. Oktober fehlten Ludwig Erhard dann 22 Stimmen aus dem Koalitionslager.

Auch die Vorbehalte im eigenen Lager waren nicht verschwunden. Die Kabinettsbildung verlief zäh, auch weil Erhard seine Gegner nicht integrieren wollte. Außerdem stießen seine Appelle zum Maßhalten in der von ihm selbst propagierten und erreichten Gesellschaft des „Wohlstands für alle" – so der Titel seines 1957 erschienenen populären Buchs - nicht auf Gegenliebe.

Angesichts der heraufziehenden Wirtschaftskrise verlor die CDU am 10. Juli 1966 die Wahl in Nordrhein-Westfalen und musste dort die Regierungsmacht an die SPD abtreten. Außerdem geriet das Verhältnis zu den USA eine Krise, Adenauer zog weiter die Fäden gegen Erhard und die eigene Fraktion wandte sich zunehmend von ihm ab. Mit dem Rücktritt der FDP-Minister am 27. Oktober 1966 zerbrach die christlich-liberale Koalition und Erhards Kanzlerschaft war am Ende.

[1] „Geheimnisse des Regierens" (Übersetzung durch den Verfasser)